

Bayern: Verlierer der Gesundheitsreform?

„Kommt es zum In-Kraft-Treten des ‚Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der GKV‘ müssen sich sowohl Patientinnen und Patienten als auch Ärztinnen und Ärzte in Bayern auf erhebliche Verschlechterungen einstellen“, warnte Dr. H. Hellmut Koch, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) im Münchner PresseClub am 22. September. Die ursprünglichen, von der Großen Koalition in den Eckpunkten ausgehandelten Inhalte, wie zum Beispiel Beitragssatzstabilität oder Bürokratieabbau, fänden sich im vorliegenden Gesetzesentwurf nicht wieder. Vielmehr käme es zu einem Geldabfluss aus Bayern in den Gesundheitsfonds in Höhe von über einer Milliarde Euro. Dies sei nicht hinzunehmen – nicht für die Patienten und nicht für die Ärzte. „Sämtliche regionalen Unterschiede in der Bundesrepublik werden durch diesen Gesundheitsfonds gleichgeschaltet“, so Koch. Damit werde es keinen Einfluss mehr der einzelnen Bundesländer, zum Beispiel auf die Verträge mit den Ärzten und den Krankenhäusern, geben oder auf die Versorgungsstrukturen.

Das war das Stichwort für Dr. Axel Munte, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB). Die Pläne der Regierungskoalition zur bevorstehenden Reform der GKV gefährdeten massiv das hohe Versorgungsniveau der ambulanten Medizin in Bayern. Insbesondere die Verlagerung der gesamten Entscheidungskompetenz auf die Bundesebene mache regionale Programme für eine bessere Versorgung der Patienten nahezu unmöglich. „Ich bin sehr stolz, dass inzwischen in mehreren Bundesländern unsere Software für das Mammographie-Screening im Einsatz ist. Ohne unseren damaligen Sonderweg hätten wir in Deutschland wahrscheinlich in der Brustkrebsfrüherkennung den Anschluss verpasst. Wenn solche Initiativen künftig erst bundesweit in verschiedenen Gremien beraten werden müssten, wären jahrelange Verschiebungen vorprogrammiert“, so der KVB-Chef. Als weitere Kernprobleme der bisher vorgelegten Arbeitsentwürfe für die Reform bezeichnete Munte die nach wie vor bestehende Budgetierung der Honorare für Ärzte und Psychotherapeuten sowie die Einrichtung eines Gesundheitsfonds, in dem bundesweit einheitlich die Beiträge der gesetzlich Krankenversicherten gesammelt und dann an die Krankenkassen ausgeschüttet werden.

Eklant sei insbesondere der massive „Geldabfluss“, der Bayern durch den geplanten Ge-

sundheitsfonds drohe, aus dem medizinische Leistungen künftig nach einem bundesweit einheitlichen Maßstab finanziert werden sollen: Bis zu 1,7 Milliarden Euro jährlich werden in Bayern fehlen. „Es werden 160 Euro pro Versicherter sein, die in Bayern künftig weniger zur Verfügung stehen“, rechnete Helmut Heckenstaller, Leiter der Techniker Krankenkasse, Landesvertretung Bayern, vor. Bislang verbuchten Bayerns Krankenkassen höhere Einnahmen als die Kassen in anderen Bundesländern. Folglich floss auch mehr Geld ins bayerische Gesundheitssystem. Mit den geplanten „dirigistischen Maßnahmen“, so betonte Heckenstaller, führe die Bundesregierung das Gesundheitswesen aus dem Wettbewerb hinaus. Jede Krankenkasse werde versuchen, Zusatzbeiträge zu vermeiden, um keine Mitglieder zu verlieren. „Folglich werden die Kassen zusätzliche Angebote, wie etwa das Modellprojekt Akupunktur, einschränken.“ Innovative Leistungen zur Verbesserung der Versorgung gehörten bald der Vergangenheit an. Und das bei einem drohenden Anstieg der Beitragssätze. „Mit der geplanten Beitragssatzerhöhung um mindestens 0,5 Prozentpunkte zahlt der Bürger bis zu 107 Euro jährlich mehr für seine Krankenversicherung.“



Im Presseclub: Helmut Heckenstaller, Dr. H. Hellmut Koch, Dagmar Nedbal und Dr. Axel Munte (v. li.).

Die Reform treffe auch die Krankenhäuser – und damit auch die Arbeitsplätze in Krankenhäusern. „Ich prognostiziere, dass eine zusätzliche Belastung die defizitäre Situation der Krankenhäuser auch in Bayern verschärfen wird und dass zahlreiche Krankenhäuser diese Belastung nicht tragen können“, so Bayerns Ärzte-Chef Koch abschließend. Die Patientenversorgung werde unter den Reformmaßnahmen leiden, denn vieles, was heute in Bayern möglich sei, werde es dann nicht mehr geben, waren sich Koch, Munte und Heckenstaller einig.

Dagmar Nedbal (BLÄK)

Ärzte protestieren gegen Gesundheitspolitik



Zirka 10 000 Ärztinnen und Ärzte aus ganz Deutschland haben am 22. September in Berlin gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung demonstriert – unter ihnen auch Dr. Max Kaplan, Vizepräsident der Bayerischen Landesärztekammer (im Bild). Die Ärzte, Arzthelferinnen und Patienten, die an der Kundgebung unter dem Motto „Für Therapiefreiheit – gegen Staatsmedizin“ teilnahmen, kritisierten vor allem die fortschreitende Unterfinanzierung des Gesundheitssystems und verstärkte Eingriffe des Staates. Die geplante Reform münde in eine staat-

lich kontrollierte Einheitszwangsversicherung mit Zuteilungsmedizin und in die Abschaffung der Therapiefreiheit für Patienten und Ärzte. „Wir werden uns mit aller Kraft gegen die geplante Staatsmedizin und Bevormundung von Patienten und Ärzten wehren“ sagte Kaplan.

Durch die Reform stünden auch tausende Stellen in den Praxen niedergelassener Ärzte und in der ambulanten Versorgung auf dem Spiel. Die Forderungen der Reden wiederholten sich auf den Plakaten der Demonstranten: „Angemessenes Honorar“, „Wir sind die Ärzte“ oder „Schluss mit dem Aushungern unseres Gesundheitssystems“ wurde dort gefordert. Für den Deutschen Ärztetag am 24. Oktober kündigten die Ärzte „ein weiteres deutliches Zeichen“ an.